

liche Verfassung ist gewiß nie Selbstzweck. Sie muß daher auch notwendigen Veränderungen in Staat und Gesellschaft Raum geben. Die geschichtliche Erfahrung lehrt uns aber darauf zu achten, daß diese Veränderungen nicht die unaufgebbaren ethischen und rechtlichen Grundlagen unseres Staatswesens gefährden.

Darum sollte niemand davor die Augen verschließen, daß sich im staatlichen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik Fehlentwicklungen abzeichnen. Sie hängen überwiegend damit zusammen, daß der Mensch von heute das Maßhalten verlernt hat; er neigt zu Übertreibungen und gefährdet gerade damit seine größten Erfolge. Einige Beispiele dafür in Staat und Gesellschaft liegen auf der Hand:

- Eine demokratische Gesellschaft lebt vom Gedanken der Freiheit des einzelnen. Aber Freiheit ohne Bindung an die Rücksicht auf den Mitmenschen und an das Gemeinwohl kann das Recht des Mitmenschen und damit das Gemeinwesen zerstören.
- Neben die Freiheit des einzelnen tritt die Gerechtigkeit als Grundwert einer modernen Verfassung. Gerechtigkeit in der Gesellschaft wird heute daran gemessen, welche sozialen Rechte die Gemeinschaft jedem einzelnen ohne Ansehen der Person zubilligt. Dies sollte in einem wirtschaftlich hochentwickelten Lande möglich sein. Aber den rechten Gebrauch des Wohlstandes haben wir in der Bundesrepublik noch nicht gelernt.

- Hinzu kommt die soziale Verantwortung, die uns die Schicksalsgemeinschaft mit den armen Ländern der Erde auferlegt. Ein großer Teil der politischen Spannungen zwischen den Ländern der Erde hängt damit zusammen, daß Not und Elend in der Welt von reichen Ländern nicht überzeugend genug bekämpft werden.
- Ein innerer Friede ist heute für eine komplizierte Industriegesellschaft lebensnotwendig. Er wird aber gefährdet, wenn politische Programme in Heilslehren verwandelt werden. Der politisch Andersdenkende wird zum Feind, die Öffentlichkeit wird zum Kampffeld von Weltanschauungen, die notwendige Menschlichkeit geht der Politik verloren.

Die Besinnung auf das Grundgesetz kann unserem Volk Wege zu besserer Gemeinschaftsfähigkeit zeigen. Dies geht nicht ohne Selbstprüfung jedes einzelnen. Wir haben wichtige ideelle und materielle Werte gewonnen. Sie sind aber gefährdet. Darum muß auf die tragenden Grundlagen für das Leben in Staat und Gesellschaft verwiesen werden. Für die Väter des Grundgesetzes war dies die Verantwortung vor Gott und den Menschen. Beides hängt eng miteinander zusammen. Die religiöse Bindung schließt die Verantwortung für den Mitmenschen ein. Wer über diese Welt hinausdenkt, weiß sich darum verpflichtet, an der Ordnung der irdischen Dinge zu arbeiten. Indem wir die weltanschauliche Neutralität unseres Staates ernst nehmen, bezeugen wir die Verantwortung vor Gott als Grundlage aller Gemeinschaft.

Länderbericht

Portugal nach dem Staatsstreich (I)

Daß Westeuropas langlebigste Diktatur durch einen — zudem ziemlich unblutig verlaufenden — Militärputsch beendet würde, hätte noch vor wenigen Monaten kaum jemand erwartet. Der Übergang zu einer neuen Ära demokratischer Freiheiten konnte allerdings nur deshalb so reibungslos gelingen, weil der Putsch sowohl gut vorbereitet als auch innen- und außenpolitisch rechtzeitig abgesichert worden war. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung im Herbst vorigen Jahres, die der demokratischen Opposition wie eh und je keine Chance gelassen hatten, deutete die Zusammensetzung des neuen Kabinetts *Marcello Caetano* eher auf einen Rechtsruck hin. Ebenso signalisierte die alsbald einsetzende Verhaftungswelle den verschärften Zugriff der Geheimpolizei D.G.S. (*Direcção Geral de Segurança*). Daß dennoch General *Kaúlza de Arriaga*, bis September 1973 Oberbefehlshaber der portugiesischen Streitkräfte und Generalgouverneur in Moçam-

bique, am 20./21. Dezember 1973, wie man heute weiß, einen militärischen Rechtsputsch plante und daß dieser Coup durch Spínola-Anhänger vereitelt wurde, zeigt andererseits, wie sehr die Ultrarechten mittlerweile um ihre Position bangten und wie sich die Kräfteverhältnisse, vor allem in den Streitkräften, verschoben hatten.

Der Staatsstreich und sein Urheber

Eigentlich *auslösender Faktor* für die folgenden Ereignisse wurde dann das Buch „Portugal e o Futuro“ (Portugal und die Zukunft), das General *António de Spínola* im Februar dieses Jahres veröffentlichte und dessen Auflage von 50 000 innerhalb von wenigen Wochen verkauft war. Spínola, der bis September 1973 Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Generalgouverneur in Guinea-Bissau ge-

wesen und im Januar 1974 von Ministerpräsident Caetano zum Stellvertretenden Generalstabschef ernannt worden war, vertritt darin keineswegs ein revolutionäres oder radikales Programm:

Ein ausschließlich militärischer Sieg der Regierungstruppen in den Überseegebieten ist unmöglich, eine Politik, die sich nicht an den Interessen der Regierten orientiert, hat keine Aussicht auf Erfolg. Andererseits sind die afrikanischen Territorien die Voraussetzung für das Überleben Portugals als einer freien und unabhängigen Nation. Ohne sie würde Portugal auf einen Teil Europas ohne jede Bedeutung reduziert. Portugal muß deshalb in Afrika bleiben, aber nicht aufgrund militärischer Gewalt und der Unterjochung der Afrikaner noch durch die Aufrechterhaltung von Mythen wie denen, daß Portugal in Übersee die abendländische Zivilisation verteidige und diese zivilisatorische Mission die Essenz der portugiesischen Nation ausmache. Portugal soll vielmehr ein fortschrittliches Land werden, in dem Friede herrscht. Es soll aus der Metropole und den Überseegebieten bestehen, die von der Bevölkerung selbst verwaltet werden. Die Afrikaner sollen sich als Portugiesen fühlen. Die subversiven Bewegungen repräsentieren nicht den Geist der afrikanischen Emanzipation, sondern bedienen sich nur seiner. Die Basis einer Lösung dieses nationalen Problems soll die Dezentralisierung der Macht bei gleichzeitigem Auf- und Ausbau der politisch-administrativen Strukturen der afrikanischen Staaten — so werden Angola und Moçambique seit April 1973 offiziell bezeichnet — im Rahmen einer Föderation („estado plurinacional“) sein. Um diesen Willen von 25 Millionen Portugiesen durchzusetzen und das Fortbestehen der Nation zu garantieren, muß mit aller Stärke gegen Extremisten vorgegangen werden. Die Afrikaner sollen ihre Interessen artikulieren, damit ihnen Rechnung getragen werden kann. Es soll soziale Gerechtigkeit herrschen, Klassenprivilegien sollen abgeschafft werden, und Europäer und Afrikaner müssen gleiche Möglichkeiten der Selbstverwirklichung erhalten. Den Afrikanern muß die Chance einer aktiven Partizipation an den politisch-administrativen und ökonomischen Aufgaben der Regierung gegeben werden. Es soll ein Klima des offenen Dialogs und der freien Meinungsäußerung herrschen. Alles, was zur persönlichen Machtkonzentration führen und ungerechte, diskriminierende Situationen oder die Einschränkung fundamentaler Freiheiten bewirken kann, muß vermieden werden. Konkrete Ziele der künftigen Politik sollen darum sein: sofortige Förderung afrikanischer Eliten und Institutionen; die Vorbereitung einer demokratischen und wahrhaft repräsentativen föderativen Verfassung; die eindeutige und erklärte Absicht, über diese Verfassung innerhalb eines akzeptablen Zeitraums abstimmen zu lassen.

Ohne Zweifel hat Spínola in seinem Buch, das sofort erregte Debatten auslöste, nicht nur den *Ertrag seiner Erfahrungen in Guinea-Bissau* wiedergeben wollen (obwohl er mit dieser Politik selbst dort gescheitert ist). Seine Gedanken, die an vielen Stellen allerdings erstaunlich unscharf formuliert sind, geben auch das Programm jener konservativ-liberalen Wirtschaftskreise der Metropole (Portugal) wieder, die — ohne sich des wirtschaftlichen Rückhalts von Ultramar (Überseegebiete) zu geben —

im Anschluß an die Europäische Gemeinschaft die entscheidende Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft des Landes sehen. (Das Buch Spínolas erschien im Arcádia-Verlag, der einem der größten portugiesischen Konzerne, der „Companhia União Fabril“ [CUF], gehört.) Es kann aber als sicher gelten, daß Spínola zu diesem Zeitpunkt bereits mehr und anderes anvisierte als einen Test auf die Reizschwelle der Ultrarechten und im Zusammenhang damit den Versuch einer vorsichtigen Umorientierung aufgrund ökonomischer Interessen; er war bereit, an die Stelle des Staatspräsidenten Tomás zu treten und den politischen Machtwechsel mit dem Ziel der Rückkehr zur Demokratie einzuleiten.

Die „Bewegung der Streitkräfte“ und Spínolas Junta

Dafür hatte er sich der *Unterstützung der maßgeblichen Kräfte der demokratischen Opposition*, einschließlich der Sozialistischen Partei, wie auch der katholischen Bischöfe der Metropole versichert. Bereits im Januar war er außerdem mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger anläßlich von dessen Besuch in Portugal zusammengetroffen. Treibende Kraft des Machtwechsels war jedoch die „Bewegung der Hauptleute“, die seit etwa einem Jahr bestand: Des aussichtslosen Kolonialkrieges und der hohen Verluste müde — Schätzungen sprechen von insgesamt etwa zehntausend Toten und dreißigtausend Verletzten —, unzufrieden mit ihren eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen hatten sich ihr immer mehr jüngere Offiziere angeschlossen und zugleich die Bewegung auf ehrgeizigere soziale und politische Ziele eingeschworen. Kurz vor dem Staatsstreich benannte sie sich um in „Bewegung der Streitkräfte“.

Zunächst aber gab der lavierende, in Wirklichkeit politisch inzwischen völlig isolierte Caetano noch einmal dem Druck der Rechten nach. Im Anschluß an eine dreitägige Debatte der Nationalversammlung über die Überseepolitik ließ er sich den bisherigen Kurs bestätigen. Vom 9. März an wurden Polizei und Streitkräfte zeitweise immer wieder in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Hunderte von Zivil- und Militärpersonen wurden verhaftet. Nach einem mißglückten kleineren Putschversuch, der später gelegentlich als geplantes Ablenkungsmanöver bezeichnet wurde, versammelten sich am 14. März 120 hohe Offiziere, um Caetano ihre Ergebenheit zu versichern. In der Nacht vom 14. auf 15. März wurden der Generalstabschef Costa Gomes und Spínola selbst ihrer Posten enthoben und durch Vertreter des harten Kurses ersetzt, der auf der ganzen Linie gesiegt zu haben schien. Aus Moçambique wurden italienische Missionare ausgewiesen; der Bischof von Nampula, *Manuel Vieira Pinto*, wurde zwangsweise nach Portugal gebracht.

Um so überraschender kam dann am 25. April der Militärputsch, gegen den sich — mit Ausnahme von seiten der

D.G.S. — kaum Widerstand erhob. Der „Junta der nationalen Rettung“ (Junta de Salvação Nacional), die unter Vorsitz Spínolas die Führung übernahm, gehörten außer Spínolas Freund Costa Gomes führende Vertreter der „Bewegung der Hauptleute“ an, aber auch Offiziere mit NATO-Verbindungen und anderen internationalen Kontakten. Die Proklamation der Junta enthielt im wesentlichen folgende Verpflichtungen:

- die Garantie des Fortbestehens der portugiesischen Nation in ihrer plurikontinentalen Gesamtheit;
- die Garantie freier Meinungsäußerung, vor allem mit dem Ziel, die Bildung politischer Vereinigungen zu beschleunigen und freie Wahlen vorzubereiten;
- die Garantie der bürgerlichen Grundrechte;
- die Einhaltung aller internationalen Verträge;
- die Abwicklung dieses Programms in möglichst kurzer Zeit.

Mit erstaunlichem Mut und Selbstvertrauen, die alsbald durch die positive und dabei im ganzen besonnene Reaktion der Bevölkerung bestätigt wurden, setzte die Junta vom ersten Tag an ihr *Sofortprogramm* in die Tat um: Auflösung der D.G.S.; Amnestie aller politischen Gefangenen; Abschaffung der Zensur und Vorzensur (mit der gleichzeitigen Ankündigung einer „Ad-hoc-Kommission“ für die Kontrolle der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens und des Kulturlebens); Überwachung und Kontrolle aller internationalen Wirtschafts- und Finanztransaktionen; Gründung politischer Vereinigungen als Vorstufe zur Bildung politischer Parteien sowie Gründung von Gewerkschaften; Abschaffung der Sondergerichte; Bildung einer provisorischen Zivilregierung (die innerhalb eines Jahres von einer frei gewählten Regierung abgelöst werden soll).

Als Anlaß für den Putsch wird im Programm der Junta ausdrücklich betont, daß es dem bestehenden politischen System nach dreizehnjährigem Kampf in den Überseeterritorien nicht gelungen sei, eine konkrete und sachliche Überseepolitik zu definieren, „die zum Frieden unter Portugiesen aller Rassen und Konfessionen führte“, und daß die Definition einer solchen Politik nur durch die Sanierung der gegenwärtigen Innenpolitik und ihrer Institutionen möglich sei, die auf demokratischem Weg zu wahren Vertretungen des portugiesischen Volkes werden müßten. Als Prinzipien künftiger Überseepolitik werden genannt: die Erkenntnis, daß die Lösung der Kriege in Übersee nur politisch und nicht militärisch erfolgen kann; die Schaffung von Bedingungen für eine freie und offene Debatte der Übersee Probleme auf nationaler Ebene; die Grundlegung einer Überseepolitik, die zum Frieden führt.

Neugruppierung der politischen Kräfte

Die Portugiesen haben das ungewohnte Recht auf freie Rede und freie Versammlung schnell und mit überraschender Selbstverständlichkeit genutzt. Alsbald bildeten sich

zahllose *Gruppen und Vereinigungen*. Nach der von der Junta verfügten sofortigen Auflösung der „Acção Nacional Popular“ (Nationale Volksaktion), der Einheitspartei des alten Regimes, schweigen sich deren Anhänger zunächst aus. Gruppierungen der liberalen Mitte und der Linken dominieren. Dabei waren anfangs diejenigen Vereinigungen im Vorteil, die aus der Zeit der organisierten Opposition oder der Untergrundarbeit über eigene Kader und über ein entsprechendes Kommunikationsnetz verfügten. Bei dem Versuch, die Vielfalt der Gruppierungen, die gegenwärtig auf der ziemlich bewegten politischen Szene dominieren, in ein grobes und notwendigerweise willkürliches Rechts-Links-Kontinuum einzuordnen, ergibt sich etwa folgendes Bild:

- *Causa Monárquica*: traditionalistische monarchistische Bewegung, aus der möglicherweise eine Rechtspartei entstehen wird.
- *Covergência Monárquica*: rechte Technokraten, zum Teil ehemalige Mitglieder der „Acção Nacional Popular“ (A.N.P.), die sich 1973, nach dem A.N.P.-Kongreß in Tomar, von der Partei gelöst hatten. Möglicherweise wird daraus eine Partei entstehen.
- *Movimento Federalista Português*: föderalistische Bewegung, d. h. Vertreter der Idee einer portugiesischen plurikontinentalen Nation. Politische Linie zwischen rechter Mitte und S.E.D.E.S. Möglicherweise Gründung einer Partei. Bekanntestes Mitglied: *Veiga Simão*, Erziehungsminister der Regierung Caetano.
- *Partido Popular Democrático (P.P.D.)*: nach dem Putsch neugegründete Partei, bestehend aus Liberalen, Sozialdemokraten und Christdemokraten. Ihr gehören an *João Miller Guerra*, *Mário Sá Carneiro*, *Magalhães Mota*, *Francisco Balsemão*, die für ihre offene Opposition in der Nationalversammlung bekannt waren.
- *Partido Cristão Social-Democrata (P.C.S.D.)*: gegründet nach dem Putsch. Programm: Verteidigung der Grundfreiheiten des Menschen; gerechte Verteilung des Reichtums und Betonung seiner sozialen Funktion; gerechte Arbeitsentlohnung durch Einführung von Mindestlöhnen; Organisation der Arbeiter in freien Gewerkschaften, Streikrecht als Mittel zur Durchsetzung ihrer legitimen Interessen, Mitbestimmung der Arbeiter in der Leitung der Betriebe; kostenloses Bildungs- und Gesundheitswesen für alle; religiöse Freiheit; Freiheit der Meinungsäußerung; Selbstbestimmung und Frieden als Grundlagen der Lösung des Übersee Problems; internationale Kooperation und sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Ländern, besonders denen des Ostblocks; freies Unternehmertum und Privateigentum; freie Wahlen zu allen Organen der öffentlichen Gewalt, vom Staatspräsidenten bis zur Lokalverwaltung.
- *Associação para o Desenvolvimento Económico e Social (S.E.D.E.S.)*: Vereinigung für die ökonomische und soziale Entwicklung. Gründung im September 1970, nachdem im Februar jenes Jahres die Gründung verboten worden war. Technokraten und Liberale. Verschiedene kritische Publikationen zur Bildungsreform, zur Reform des Gesundheitswesens und zur Emigration. Zwei Richtungen innerhalb der Organisation: eine sozialistische und die „democracia europeia“. Die Mitglieder sind zum Teil Mitglieder anderer Par-

- teien (Sozialisten und Sozialdemokraten). Die S.E.D.E.S. gilt als Klub von Intellektuellen.
- *Partido Socialista Português (P.S.P.)*: entstanden aus der 1964 gegründeten A.S.P. (Acção Socialista Portuguesa) unter der Führung von *Mário Soares*. Sie forderte bereits 1964 die Absetzung Salazars und die Wiederherstellung der Grundfreiheiten. 1968 wurde Soares nach São Tomé deportiert, durfte mit Erlaubnis Caetanos 1969 nach Portugal zurückkehren, mußte jedoch 1970 ins Exil gehen. 1972 wurde die P.S.P. in der Bundesrepublik gegründet. 1973 ging sie (wie bereits 1969) erneut ein Wahlbündnis mit den Kommunisten ein (C.D.E.) und stellte mit ihnen gemeinsam Kandidaten für die Nationalversammlung auf. Wegen der massiven Behinderung der Wahlpropaganda, der Wahlversammlungen sowie der Verhaftung von Kandidaten wurde die Kandidatur dann zurückgezogen. Nach dem Militärputsch stellte sich die Partei hinter die Junta und betonte die Solidarität des Volkes mit den bewaffneten Streitkräften. Soares kehrte sofort aus dem französischen Exil zurück, um sich für die Zivilregierung zur Verfügung zu stellen.
 - *Movimento Democrático Português (M.D.P.)*: Portugiesische Demokratische Bewegung. Entstanden aus der C.D.E. (Comissão Democrática Eleitoral, Demokratische Wahlgemeinschaft), ein Wahlbündnis der oppositionellen Kräfte in Portugal, das sich zum erstenmal im Jahr 1969 den Wahlen zur Nationalversammlung stellte. Diesem Wahlbündnis gehörten Sozialisten, Kommunisten und christliche Antifaschisten an. Der M.D.P. stellte sich sofort hinter die Junta und deren Programm, doch stimmt er hinsichtlich der Kolonialfrage mit deren Position nicht ganz überein. Er tritt für die sofortige Beendigung des Krieges und für Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen mit dem Ziel der totalen Unabhängigkeit der Überseeterritorien ein.
 - *Partido Comunista Português (P.C.P.)*: Die kommunistische Partei besteht seit 1921, als sich Anarchisten und Anhänger des sowjetischen Bolschewismus zusammenschlossen. Zwischen 1936 und 1941 existierte sie als kleine Untergrundorganisation, da die damalige, von dem Gestapomitglied Kramer organisierte Geheimpolizei P.V.D.E. (Polícia de Vigilância e Defesa do Estado) den gesamten Parteiapparat zerschlagen hatte. 1941 wurde die Partei reorganisiert, 1949 wurde *Álvaro Cunhal* verhaftet. 1951 kandidierte *Ruy Luís Gomes*, unterstützt von der Partei, für das Amt des Staatspräsidenten, jedoch ohne Erfolg. (Jetzt, nach Rückkehr aus dem 15jährigen brasilianischen Exil, wurde er Rektor der Universität von Porto.) 1961 floh *Álvaro Cunhal* aus dem Gefängnis Peniche. Im selben Jahr wurde er zum Generalsekretär der Partei gewählt. 1964 führten Richtungskämpfe zur Gründung des C.M.L.P., des Portugiesischen Marxistisch-Leninistischen Komitees (cunhalistische Linie), und der prochinesisch orientierten F.A.P., der Front der Volksaktion. 1969 unterstützte die Partei die C.D.E. 1970 entstand aus dem C.M.L.P. erneut die P.C.P. (M.L.), die im Jahre 1972 wiederum ein Wahlbündnis mit der Sozialistischen Partei im Hinblick auf die Wahlen 1973 schloß. Nach dem Militärputsch unterstützte die Partei die Junta. Die Mitglieder kehrten aus dem Exil zurück.
 - *Movimento da Esquerda Socialista*: linkssozialistische Bewegung, bestehend aus einigen Ex-Kandidaten der C.D.E., aus Gewerkschaftlern und aus dem Exil zurückgekehrten Parteilosern.
 - *Partido Revolucionário do Proletariado e Brigadas Revolucionárias*: entstanden aus der 1962 gegründeten F.P.L.N. (Frente Patriótica de Libertação Nacional) mit Sitz in Algier. 1971 Gründung der revolutionären Brigaden. Erste bewaffnete Aktionen gegen NATO-Basen. 1974 Zusammenschluß der Revolutionären Partei des Proletariats und der Brigaden zur P.R.P.B.R.
 - *Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado (M.R.P.P.)*: gegründet 1970 gegen den Revisionismus der P.C.P. und den Dogmatismus der Marxisten-Leninisten. Anhänger hauptsächlich unter Studenten. 1971 Bildung der „Roten Garde“. Am 12. Oktober 1972 wurde der Student Ribeiro Santos, militantes Mitglied des M.R.P.P., von der P.I.D.E., der Vorgängerin der D.G.S., auf Universitätsgelände erschossen, was in Lissabon große Demonstrationen auslöste. Aufrufe zur Intensivierung des revolutionären Kampfes.
 - *Liga de União e Acção Revolucionária (L.U.A.R.)*: seit 1967 bestehende anarchistische Aktionsgruppe zur Organisation von bewaffneten Überfällen.

Labiles Gleichgewicht auf Zeit

Das enorm breite Spektrum dieser politischen Gruppierungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es keine Anhaltspunkte gibt, welchen Rückhalt sie in der Wählerschaft haben bzw. haben werden. Allerdings war es fast unausweichlich, daß nach der Diskreditierung der Rechten durch die Politik der Vergangenheit die von der Junta berufene *provisorische Zivilregierung*, die sich am 16. Mai konstituierte, eine *Mitte-Links-Koalition* darstellt. Von ihren Mitgliedern können 3, einschließlich des Ministerpräsidenten Prof. *Palma Carlos*, als parteipolitisch nicht gebundene Liberale gelten; auch der Verteidigungsminister ist keiner Partei zuzurechnen; die übrigen 10 verteilen sich auf folgende Gruppierungen und Parteien: P.P.D. 2, S.E.D.E.S. 1, P.S.P. 4, M.D.P. 1, P.C.P. 2. Demgegenüber ist in dem neugebildeten *Staatsrat*, dem etwa zu gleichen Teilen die Mitglieder der Junta, Vertreter der „Bewegung der Streitkräfte“ und Einzelpersonlichkeiten angehören, das konservative Element stärker vertreten. Spínola selbst, der Mitte Mai als neuer Staatspräsident vereidigt wurde und der zusammen mit Staatsrat und Junta die eigentliche Macht im Staat innehat und ausübt, zählt sich eindeutig zu den Konservativen, auch wenn sein Verhalten gegenüber der Linken nicht frei von Koketterie ist.

Ob und wie lange der gegenwärtige Balanceakt anhält und gelingt, kann keiner sagen. Einstweilen rechnen sich, mit Ausnahme der Splittergruppen auf den extremen Flügeln, alle maßgebenden Kräfte gute Chancen aus, ihre Interessen und ihre Ziele durchzusetzen. Insofern ist dieser Schwebezustand daran gebunden, daß wesentliche Interessen der einen oder anderen Gruppe nicht beeinträchtigt oder gar verletzt werden. Dabei spielt auch eine Rolle, daß — wie die Sozialistische Partei P.S.P. durch die europäische Sozialdemokratie — auch die übrigen Parteien der

Mitte von ihren Schwesterparteien in anderen Ländern unterstützt werden. Daß die kommunistische Partei P.C.P. als „Ordnungsfaktor“ ersten Ranges auftritt und die Junta-Politik bislang mitträgt und unterstützt, kann als Indiz dafür gelten, daß die Sowjetunion auf alle Fälle ihren Einfluß in der portugiesischen Politik geltend machen und im zu erwartenden Prozeß der Entkolonialisierung nicht aufs Spiel setzen will. Die portugiesische Kolonialfrage betrifft einen wichtigen Schnittpunkt des Ost-West- und des Nord-Süd-Konflikts, an dem sich zwangsläufig weltpolitische Interessen der beiden Supermächte berühren. Beide scheinen bislang vor allem darauf bedacht

zu sein, daß die Entkolonialisierung nicht außer Kontrolle gerät. Andererseits werden die afrikanischen Staaten eifersüchtig darüber wachen, daß die portugiesischen Territorien eine authentisch afrikanische, nicht eine fremdbestimmte Unabhängigkeit und damit nur andersgeartete Abhängigkeit erlangen. Das Nachsehen haben in dieser Situation wahrscheinlich alle jene politischen Kräfte in Portugal, die auf grundlegende und rasche gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen hoffen und hinarbeiten. (Ein zweiter Teil, der sich mit der Rolle der Kirche und mit dem Schlüsselproblem der Entkolonialisierung befaßt, folgt in der nächsten Nummer.)

Tagungsbericht

Kirche - Politik - Parteien

Eine Tagung der katholischen Zentralstelle in Mönchengladbach

Zu diesem Thema veranstaltete die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle in Mönchengladbach vom 24. bis 26. Mai eine Tagung, die Historiker, Sozialethiker, Theologen, Soziologen und Politologen zusammenführte. Unter geschichtlichen und aktuellen Aspekten und unter Berücksichtigung sowohl gesellschaftlich-politischer als auch theologisch-innerkirchlicher Entwicklungen wurde ein Problemfeld behandelt, das aufgrund verschiedener Faktoren und neuer Spannungen in den letzten Jahren wieder mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht. Referate und Diskussion dieser Tagung werden in Buchform veröffentlicht; der folgende Bericht bietet eine Skizze der vorgetragenen Referate.

Parteien und Kirche im Rückblick

In seinem Einleitungsreferat „Zur Geschichte des Verhältnisses von Kirche und Parteien vor und nach 1945“ ging Prof. Rudolf Morsey auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Für die Kirche, die sich in ihrem Verhalten gegenüber den politischen Parteien von dem Zusammenhang zwischen religiöser und staatsbürgerlicher Freiheit leiten ließ, konnten liberale und sozialistische Parteigruppierungen keine Partner sein. Das zeigte sich beispielhaft und besonders kraß an dem über die Jahrzehnte hinweg immer wieder aufbrechenden Konflikt um Elternrecht und Bekennerschule.

Mag auch verständlicherweise immer eine Nähe der Kirche zum Zentrum bestanden haben, vor allem in Zeiten kirchenpolitischer Bedrängnis wie im Kulturkampf, so blieb dieses Verhältnis doch nicht spannungsfrei. Weder das Zentrum noch die Bayerische Volkspartei haben sich als Erfüllungsgehilfen der Kirche oder des Episkopats verstanden, und die Kurie hat es vorgezogen, ihre Interessen nicht über diese Parteien, sondern im direkten Kontakt mit staatlichen Stellen zu vertreten. Daß der fälschliche Eindruck einer engen Bindung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei auf der einen und Kirche auf der anderen Seite entstehen konnte, ist nach Morsey auf das — besonders nach 1928 verstärkte — Engagement von Geistlichen in beiden Parteien zurückzuführen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Offenbarwerden auch des geistigen Niedergangs kam der Kirche eine Position zu, die ihr wieder neue Möglichkeiten eines freien öffentlichen Wirkens boten. Es gab für die Kirche keinen Grund, dem neuen demokratischen Verfassungsstaat gegenüber in die Defensive zu gehen. Die von ihr vertretenen, für das gesellschaftliche und staatliche Leben fundamentalen Werte fanden weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus Anerkennung, was sicher dazu beigetragen hat, daß die Sympathien des Episkopats sich den interkonfessionellen Parteien zuwandten. So wurde ein Verhältnis eingeleitet, das bis in die sechziger Jahre, bis zu dem beginnenden Prozeß der „Entideologisierung“ in den Parteien so gut wie konfliktfrei geblieben ist. Der Klerus